

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/213

6. November 1975

Ein zuverlässiges Instrument unserer Demokratie

Feststellungen zum zwanzigjährigen Bestehen der Bundeswehr

Von Georg Leber MdB
Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des
SPD-Vorstands

Seite 1 bis 3 / 112 Zeilen

CDU/CSU ist außenpolitisch nicht regierungsfähig

Harte Konsequenzen aus dem Nein zum Polen-Abkommen

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 4 / 41 Zeilen

Ist Prinzipienreien schon Politik?

Ein Vorschlag an Politiker zum Nachdenken

Seite 5 und 6 / 62 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Für die militärische Stärkung der DDR

Von Generalmajor Heinz Keßler
Stellv. Verteidigungsminister der DDR und Chef
des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee

Seite 7 / 23 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 130 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 37 85 27 - 38
Telex: 68 65 645 - 48 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 85 11

Ein zuverlässiges Instrument unserer Demokratie

Feststellungen zum zwanzigjährigen Bestehen der Bundeswehr

Von Georg Leber MdB

Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des SPD-Vorstands

20 Jahre hat die Bundeswehr gemeinsam mit den Streitkräften der Bündnispartner den Frieden für unser Land bewahrt. Mehr als die Hälfte der Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist ohne persönliche Erinnerung an Krieg aufgewachsen. Mit ihrem Beitrag zur äußeren Sicherheit hilft die Bundeswehr unseren Bürgern, eine Existenz in Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu ermöglichen.

Weder die Bundesrepublik Deutschland noch ein anderes europäisches Land ist in der Lage, sich allein zu verteidigen oder eine glaubhafte Abschreckung gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten. Ohne Unterstützung durch ihre Bündnispartner könnte die Bundesrepublik Deutschland ihre territoriale Unversehrtheit einschließlich der Freiheit Westberlins nicht behaupten. Nur durch die Eingliederung in das Atlantische Bündnis vermag sie ihre eigenen Sicherheitsprobleme zu lösen, vermag die Bundesrepublik auch politische Pressionen, die sich auf militärische Macht gründen, zu verhindern. Nur das Bündnis, das durch NATO-Vertrag in Verbindung mit der UN-Charta auf die Defensive festgelegt ist, gibt den gesicherten Rückhalt für eine Politik der Entspannung, die dazu beiträgt, militärische Konflikte zu verhindern und Kooperationsformen zu finden, die einen friedlichen Ausgleich gegensätzlicher Ziele und Interessen ermöglichen.

Die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung hängt im entscheidenden Maße von ihrer Bündnistreue und von der Erfüllung ihrer eingegangenen Verpflichtungen im Bündnis ab. In der Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 steht dazu: "Das Atlantische Bündnis bleibt die Grundlage unserer Sicherheit." Die Bundeswehr ist von Anfang an als eine Armee im Bündnis konzipiert worden. Das galt schon für die Zeit, in der noch Hoffnung für die Aufstellung einer völlig integrierten Armee im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bestand.

Von dem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland zum Atlantischen Bündnis geht keine Bedrohung aus. Die Bundeswehr hat nach dem Willen unserer Verfassung ausschließlich defensiven Zwecken zu dienen. So verbietet Artikel 26 des Grundgesetzes die Vorbereitung und das Führen eines Angriffskrieges wie "alle Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht unternommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören." Diese Formulierungen sind unmißverständlich und binden Regierung, Parlament und Bundeswehr. Das Defensivprinzip unserer Sicherheitspolitik findet auch Niederschlag in Umfang, Organisation und Ausrüstung der Bundeswehr. Die Bundes-

republik hatte bereits bei den Verhandlungen zur EVG und später bei ihrem Eintritt zur WEU der Festlegung von Höchstgrenzen für den Umfang der deutschen Streitkräfte zugestimmt. Sie hat zugleich auf die Produktion und den Besitz von atomaren, chemischen und biologischen Waffen verzichtet und ist dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten.

Die Bundeswehr ist unser Beitrag zu einer Allianz von 15 Staaten, von denen sechs Partner Truppen Seite an Seite mit der Bundeswehr auf unserem Territorium stationiert haben. Kein Land in Europa braucht sich durch die militärische Vorsorge der Bundesrepublik Deutschland bedroht zu fühlen. Es wäre wünschenswert, wenn auch andere Staaten ihren Willen zur Entspannung durch eine entsprechend defensive Sicherheitspolitik deutlich machten. Die Bundesrepublik wird ihrem Konzept folgend niemals Schrittmacher in der Rüstungspolitik sein. Sie wird aber mit dem, was sie auf der anderen Seite aufmerksam registriert, Schritt halten.

So bereiten die Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten nach wie vor Sorge. Noch immer wird das Rüstungstempo in Europa von der Sowjetunion bestimmt. Die Bundesregierung steht mit ihrer militärischen Lagebeurteilung nicht allein. Auch die NATO und international anerkannte Institute kommen zu ähnlichen Schlüssen. Selbst Vertreter neutraler Staaten sehen im Bereich des Warschauer Paktes kein Gegenstück zu westlichen Tendenzen der Streitkräfteverminderung. Es ist dabei nicht nur der Umfang sowjetischer Rüstung, der zu denken gibt, sondern vor allem die Frage nach dem "Warum". Stärke, Ausrüstung und Gliederung der Armeen des Warschauer Paktes überschreiten das Maß, das zur Sicherheit des eigenen Territoriums erforderlich ist. Selbst wenn eine direkte militärische Aggression zur Zeit in Mitteleuropa unwahrscheinlich ist, so könnte langfristig die gegen Westeuropa gerichtete militärische Macht dazu führen, politischen Druck auszuüben.

Es wäre für die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland beruhigend, wenn sich diese Sorge als haltlos herausstellen würde. Dazu bedarf es nicht wortreicher Bekundungen, sondern vielmehr praktischer Schritte. Die MBFR-Verhandlungen in Wien bieten dafür Gelegenheit. Solange aber beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen zwischen Ost und West bei unverminderter Sicherheit nicht vereinbart sind, bleibt es Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, in ihren Verteidigungsanstrengungen nicht nachzulassen. Das gegenwärtige, noch tragbare Kräfteverhältnis muß erhalten bleiben. Dieses Kräfteverhältnis darf nicht zu unseren Ungunsten verschoben werden. Die Forderung von Fritz Erler aus dem Jahre 1961 klingt wie ein aktueller Kommentar zu den gegenwärtigen MBFR-Verhandlungen: "Bemühungen um unsere Sicherheit müssen das bestehende Gleichgewicht erhalten und sogar stabili-

sieren, nicht etwa zerstören. Aus diesem Grunde muß Abrüstung immer ein Geschäft auf Gegenseitigkeit sein. Jede einseitige Abrüstung würde das Gleichgewicht zum Schwanken bringen und Gefahren heraufbeschwören."

Die Bundesregierung hat sich seit 1969 konsequent darum bemüht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Entspannung und an einer Suche nach einem Ausgleich zwischen West und Ost mitzuwirken. Die Verträge von Moskau, Warschau und Prag sowie der Grundlagenvertrag mit der DDR und die Mitwirkung am Viermächte-Abkommen über Berlin sind dafür Beispiele. Die Bundesregierung hat schließlich unter Bezugnahme auf die Schlußakte der KSZE als erste Nation allen KSZE-Teilnehmerstaaten Manöver der Bundeswehr angekündigt und Manöverbeobachter eingeladen. Sie bewies damit, daß sie die Absichtserklärungen von Helsinki in praktisches Handeln umsetzen will. Die ersten Reaktionen des Warschauer Paktes waren hingegen wenig ermutigend. Die durch die vertrauensbildenden Maßnahmen erhoffte Klimaverbesserung für die Gespräche in Wien blieb bisher aus.

Die Bundesregierung wird dennoch ihre Bemühungen um Entspannung beharrlich und ohne Illusionen fortsetzen. Sie geht dabei aber davon aus, daß es unverantwortlich und töricht wäre, Entspannung zu wollen und zugleich den militärischen Schutz der eigenen Existenz zu vernachlässigen. Die Bundesregierung weiß sich dabei in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsumfragen beweisen dies. Der starke Rückhalt, den die Bundeswehr heute in Bevölkerung und Parlament besitzt, ist um so bemerkenswerter, als er nicht wie sonst durch dramatische Ereignisse in der internationalen Politik verursacht wurde, die in der Bevölkerung Befürchtungen weckten und dadurch erst zu steigender Wertschätzung der Bundeswehr führten.

Die Notwendigkeit der Landesverteidigung ist kein Streitpunkt der politischen, auch nicht der parteipolitischen Auseinandersetzung. Dies auch nicht in Zeiten wirtschaftlicher Sorgen und einer schwierigen Haushaltsituation des Bundes. Die Mehrheit der Bürger will, daß die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes aufrechterhalten bleibt und keinerlei sicherheitspolitische Risiken eingegangen werden. Diese Tatsache sollte Berücksichtigung finden, wenn durch tagespolitische Ereignisse die eigentliche Zielsetzung der Verteidigungspolitik und die breite Zustimmung, die sie genießt, in den Hintergrund tritt. Die Bundeswehr ist ein zuverlässiges Instrument unseres demokratischen Staates. (-/6.11.1975/wi/ee/pr)

+ + +

CDU/CSU ist außenpolitisch nicht regierungsfähig

Harte Konsequenzen aus dem Nein zum Polen-Abkommen

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Wer, wie eine CDU/CSU-Mehrheit unter Strauß, Kohl und Carstens, die deutsch-polnischen Vereinbarungen ablehnt, sagt im Klartext:

- 1/ Ausreiseverbot für 120.000 bis 125.000 Deutsche aus Polen;
- 2/ Ablehnung der Rentenansprüche von etwa 1,97 Millionen Menschen in der Bundesrepublik und Polen, darunter von 150.000 Deutschen, die heute in Polen leben und früher zur deutschen Rentenversicherung Beiträge entrichtet haben; diese Menschen kamen bisher nicht in den Genuß ihrer Rentenansprüche;
- 3/ Schaffung eines deutschen Aussiedlerproletariats aus Polen, denn nur durch das Rentenabkommen können deutschstämmige Aussiedler aus Polen ihre nach polnischem Recht erworbenen Ansprüche mitnehmen.

Mit der Ablehnung der deutsch-polnischen Vereinbarungen distanziert sich die CDU/CSU-Mehrheit zudem von Konrad Adenauer, der immer wieder darauf hingewiesen hatte, daß es zwei Staaten in Europa gebe, zu denen die Bundesrepublik besondere gute Beziehungen entwickeln müsse: zu Frankreich und Polen. Die sozialliberale Koalition hat die Bundesrepublik auf diesen beiden Gebieten inzwischen international gehfähig gemacht. Dieser Erfolg muß gehütet werden.

Für die Festigung des Friedens in Europa ist die Normalisierung des Verhältnisses zwischen unserem und dem polnischen Volk unverzichtbar. Die von Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem KP-Chef Edward Gierek unterzeichneten Abkommen über Renten- und Unfallversicherung und die Gewährung eines Finanzkredits sowie das Umsiedlungsprotokoll sind ein guter Kompromiß.

Unsere Außen- und Entspannungspolitik muß stets in ihrer Gesamtwirkung beurteilt werden. Wer die Entwicklung der Beziehungen in Europa beobachtet, kommt an drei Feststellungen nicht vorbei:

- 1/ In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts fanden innerhalb von 25 Jahren zwei schreckliche Weltkriege statt;
- 2/ In den zwei Jahrzehnten nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges stand Europa wenigstens dreimal vor dem Abgrund eines dritten Weltkrieges (Berlin-Blockade, 17. Juni, Mauerbau);
- 3/ seit Ende der 60er Jahre, also seitdem wir uns entschlossen haben, die Entspannungspolitik gleichrangig neben die Verteidigungspolitik zu stellen, konnte das Spannungsgefälle in Europa reduziert werden.

Es ist bedauerlich, daß in der CDU/CSU-Fraktion nur die Persönlichkeiten von internationalem Rang, wie z. B. Dr. Schröder und von Welzäcker, den Abkommen zustimmen. Die Opposition insgesamt hat an diesem Beispiel erneut unter Beweis gestellt, daß sie außenpolitisch nicht regierungsfähig ist und auch in Kohl keinen Kanzlerkandidaten besitzt, der mit Strauß fertig wird.

(-/6. 11. 1975/wi/ee/pr)

Ist Prinzipienreiten schon Politik?

Ein Vorschlag an Politiker zum Nachdenken

Das Bundeskanzlers jüngstes "Spiegel"-Interview ist ein Lehrstück über Politik. Der Unterschied zwischen politischem Denken und Planen und politischer Praxis wird so deutlich, daß nur ein Ignorant sich der Erkenntnis entziehen kann, daß es nützlich ist, sich damit auseinanderzusetzen. Hier soll das Verständnis dessen, was Politik heißt und ist und was einem Politiker abzuverlangen ist, erörtert werden.

Allzu viele, die sich als Politiker fühlen und so nennen, sind Prediger, die meinen, wenn sie Grundsätze vertreten, dann sei das schon alles, was von ihnen erwartet wird. Sie irren, und irren zum Schaden der ihnen gestellten Aufgabe. Wieder und wieder Prinzipien zu reiten, theoretische, gut und auch nötig erscheinende Erkenntnisse zu propagieren, das ist zwar nicht falsch und keineswegs unnützlich, aber im besten Falle doch nur ein erster Schritt hin zu wirklicher politischer Arbeit.

Sie beginnt erst danach, dann nämlich und dort, wann und wo die Verwirklichung dessen versucht wird, was Erkenntnis und Willen erstreben. In aller Regel stoßen sich die leicht beieinander wohnenden Gedanken hart im engen Raume der gegebenen Tatsachen. Die Kunst, dennoch die Chance zur Entwicklung zu geben, das ist die Kunst, die der politisch tätige Mensch können muß und die er auszuüben hat. So entlastend und vielleicht beglückend das schöpferische Planen ist, so beschwerlich und lästig ist die Kärnerarbeit des aktiven Politikers. Aber sie und zuerst sie schafft die bessere Wirklichkeit.

Es ist nicht unmöglich - um ein aktuelles Beispiel zu geben - eine Aussage zu finden, die überzeugend begründet, daß eine Lenkung oder eine Kontrolle von Investitionen eine gute und notwendige Sache ist

(die auch in kapitalistisch orientierten Ländern, unterschiedlich geregelt und benannt, längst praktiziert wird). In der Bundesrepublik, wo Ideologen und Theoretiker in deutscher Hartnäckigkeit stets prinzipiell diskutieren, wird versucht, mit möglichst konservativer Terminologie, den Partner zu überzeugen, um das gesicherte Ja zu erreichen. Weder Beschwörungen, noch Demonstrationen, noch Kritik an ~~was~~ immer ersetzen jedoch das in der Demokratie unentbehrliche parlamentarisch-politische Wirken, um sich mit dem Partner in der Koalition und, wenn nötig, auch mit dem Gegner zu veretändigen und sich in sein Denken hineinzusetzen, um ihn einsichtig zu machen. Abgeordneten oder denen, die es werden wollen, verpflichtende Bindungen aufzuerlegen, ist schon der Versuch, sie an politischen Entscheidungen zu hindern, und ist das Gegenteil von politischer Vernunft.

Politische Leistung wird nicht auf dem Spielplatz der Prinzipien oder nur von wortgewandten Interpreten erreicht. Die deutschen Parlamente, der Bundestag nicht zuletzt, auch die Parteitage aller Richtungen, soweit sie Diskussionen zulassen, scheinen, wie sie sich heute der Öffentlichkeit darstellen, überreich an Grundgesetz-Streitern zu sein. Es ist zu wünschen, daß dort überall nur Politiker am Werke wären, die keinen anderen Ehrgeiz als den haben, das möglich zu machen - und dies in Fairness und Klugheit zu tun -, was sie wollen, oder was andere erdacht haben und was gut und nötig für eine bessere Gegenwart und Zukunft wäre. Der Kompromiss, so unverzichtbar er ist, kann freilich nie das letzte Ziel der Arbeit des Politikers sein, aber er ist ein Wegweiser zum Ziel.

Über dem für die Verfassungswirklichkeit lebenswichtigen ständigen Gespräch (auch Streitgespräch, auch leidenschaftliche Auseinandersetzung) dürfen die praktische Leistung der Mehrheitsbildung des Beschlusses und der Gesetzgebung, nicht Not leiden. Erst das gültige Gesetz erfüllt die politische Aufgabe, wie sehr oder wie wenig es auch befriedigen mag. Nach ihm beginnt die Arbeit in der Politik von neuem.

Fritz Sönger
(-/6.11.1975/wi/pr/ee)

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Für die militärische Stärkung der DDR

Von Generalmajor Heinz Keßler
Stellv. Verteidigungsminister der DDR und Chef des
Hauptstabes der Nationalen Volksarmee

Im Sinne stolzer revolutionärer Traditionen, wonach sich die Armeegehörigen auf die Parteitage der SED mit Taten vorbereiten, soll das neue Ausbildungsjahr im Zeichen hoher Leistungen zu Ehren des IX. Parteitages stehen.

Ziel Nummer Eins bleibt das Wettstreiten in allen Einheiten und Truppenteilen, in allen Werkstätten und Lagern, in allen Reservistenkollektiven um den größtmöglichen persönlichen Beitrag zu wachsender Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft, zur allseitigen und vornehmlich zur militärischen Stärkung unserer Republik.

Da wir wissen, daß militärische Meisterschaft, daß hohe Gefechtsbereitschaft im Kopf anfängt, streben wir nach immer gründlicherer Aneignung der Weltanschauung der Arbeitklasse, der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der Beschlüsse der Partei, schärfen wir vorrangig und stetig unsere ideologische Waffe.

Wir lenken die Initiativen der militärischen Kollektive gleichzeitig darauf, die Waffen und technischen Kampfmittel perfekt zu beherrschen, vorbildlich zu pflegen und gewissenhaft zu warten. An die Ergebnisse von heute anknüpfend, sollte der Wettbewerb auch darum geführt werden, alle fünf Soldatenauszeichnungen zu erwerben. Gleichermaßen orientieren wir auf die Stärkung der sozialistischen Beziehungen, auf die Festigung der militärischen Disziplin und auf eine hohe Kultur des militärischen Zusammenlebens.

Jeder soll wissen und danach handeln, daß der Sozialismus die stärkere Bataillone behalten muß.

(-/6.11.1975/w1/ee/pr)

(Im Wortlaut zitiert nach "Volksarmee" vom 20. Oktober 1975)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Prellner